



DBV fordert zügige Regierungsbildung

Nach der Bundestagswahl 2021 fordert DBV-Präsident Joachim Rukwied die Parteien auf, zügig die Sondierungsgespräche aufzunehmen: „Wir Landwirte brauchen politische Klarheit und Perspektiven. Sowohl die Zukunftskommission Landwirtschaft als auch die Borchert-Kommission haben Lösungen vorgeschlagen. Dies muss zwingend von den Parteien aufgegriffen werden. Es geht vor allem darum, die Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raums zu sichern. Oberstes Ziel muss dabei sein, einen Strukturbruch zu verhindern und sicher zu stellen, dass landwirtschaftliche Betriebe Zukunftsperspektiven haben und mehr Wertschätzung erfahren.“

Mecklenburg-Vorpommern stellt 5,8 Millionen Euro für zweiten ASP-Schutzzaun bereit

Mecklenburg-Vorpommern hat den Bau eines zweiten ASP-Schutzzauns beschlossen, der parallel zum ersten Schutzzaun auf rund 100 km entlang der deutsch-polnischen Grenze verlaufen soll. Der Abstand zwischen den beiden Zäunen soll mind. 500m betragen, um so einen Schutzkorridor zu schaffen, in dem die Wildschweindichte auf ein Minimum reduziert werden soll. Für den Erwerb, Bau und die Unterhaltung dieses Zaunes werden 5,8 Mio. Euro im Haushalt zur Verfügung gestellt. Anders als in Sachsen und Brandenburg, die bereits direkt von der ASP betroffen sind, wird der Zaunbau in Mecklenburg-Vorpommern bislang nicht durch die EU kofinanziert. Im Rahmen der Agrarministerkonferenz im Juni 2021 wurde beschlossen, ein solidarisches Finanzierungsmodell zur Errichtung von Wildschweinbarrieren zu etablieren, bei dem sich die Länder an der Finanzierung beteiligen.

Durch den ASP-Fall in der Gemeinde Schwedt/Oder (LK Uckermark) - ca. 16 km südlich der Landkreisgrenze Vorpommern-Greifswald - reicht die von Brandenburg einggerichtete Sperrzone I (Pufferzone) nun bis an die Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern. Daraufhin hat der LK Vorpommern-Greifswald beschlossen, dass die Pufferzone bis in den Landkreis hinein (Abschnitt südlich der BAB 11) ausgeweitet werden soll.

BMEL drängt Polen zum Bau eines ASP-Schutzzauns

Wie das BMEL mitteilt, hat sich BMEL-Staatssekretärin Beate Kasch ein weiteres Mal mit ihrem polnischen sowie ihrem tschechischen Amtskollegen sowie der EU-Generaldirektion Gesundheit über das weitere Vorgehen bei der ASP-Bekämpfung und insbesondere über Zaunbaumaßnahmen im Grenzgebiet zu Polen ausgetauscht. Die Sequenzierung des Virus-Typs durch das Friedrich-Loeffler-Institut hat ergeben, dass die Ausbrüche in Deutschland und Polen zusammenhängen, da es Wanderbewegungen von Wildschweinen zwischen Deutschland und Polen gibt. Die EU-Kommission begrüßte das deutsche Konzept eines Schutzkorridors mit zwei festen Zäunen im Sinne einer "weißen Zone". Dennoch bleibt der Infektionsdruck aus Polen weiterhin hoch. Kasch machte daher nochmals deutlich, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen von Deutschland und Polen ist und forderte ihren polnischen Amtskollegen auf, einen weiteren Zaun auf polnischer Seite voranzubringen.

„Leider ist Polen auch weiterhin nicht bereit, sich hier zu bewegen. Und das, obwohl Deutschland personelle, organisatorische und finanzielle Unterstützung zugesagt hatte. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kampf gegen die ASP ist wichtig – auch in Verantwortung für ganz Europa“, so Kasch.

Vereinigungspreis für Schlachtschweine

30.09.2021 – 06.10.2021

Preise frei Eingang Schlachtstätte

Auto-FOM-Preisfaktor: 1,24 € /Indexpunkt

FOM-Basispreis: 1,24 €/kg SG (- 1 Cent)

Schweine: Druck nimmt zu

Ferkel: anhaltend ruhige Nachfrage

VEZG-Basispreis Schlachtsauen

30.09.2021 – 06.10.2021 Preis ab Hof

0,65 €/kg SG (- 5 Cent)

Quelle: AMI / VEZG

(Fortsetzung Seite 2)



Online-Informationsveranstaltung zu ASP

• Noch Plätze frei!

Das LAVES lädt ein zu einer **Online-Informationsveranstaltung zur Afrikanischen Schweinepest** für den **Bereich Hausschweine** am **Dienstag, den 12. Oktober 2021 um 10:00 Uhr**. Die Einladung richtet sich **ausschließlich an Teilnehmer aus dem Land Niedersachsen**.

Es ist folgendes Programm geplant:

1. Begrüßung
2. Aktuelle ASP-Situation
3. Seuchenprävention und Vorbereitung auf einen ASP-Ausbruch in Niedersachsen
4. Rechtliche Grundlagen zur ASP-Bekämpfung
 - a. Allgemeine rechtliche Grundlagen
 - b. Ausbruch beim Wildschwein – Auswirkungen auf Hausschweine
 - c. Ausbruch beim Hausschwein
5. Auswirkung auf die Fleischwirtschaft
6. Tierschutzaspekte
7. Früherkennungsprogramm
8. Verschiedenes

Aus organisatorischen Gründen ist eine **verbindliche Anmeldung bis zum 05.10.2021 mit Namen, Institution und E-Mail-Adresse erforderlich unter folgender E-Mail-Adresse:**

task-force@laves.niedersachsen.de

Der Zugangslink zur Veranstaltung wird Ihnen nach Anmeldung in einer separaten E-Mail übersandt.

Deutsche Schweinefleischausfuhren gesunken

(AMI) – Die deutschen Schweinefleischausfuhren sind von Januar bis Juli 2021 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,9 % zurückgegangen. Dabei sind insbesondere die Lieferungen an Drittländer mit 50,7 % deutlich geschrumpft. Die Ausfuhren mit Ziel innerhalb der EU hingegen wurden um 29,7 % ausgebaut.

Auslöser für diese Entwicklung ist in erster Linie der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest Mitte September 2020. Mit dem Bekanntwerden des Seucheneintrags in die deutschen Wälder wurde der Außenhandel durch Exportrestriktionen seitens einiger Drittländer eingestellt oder stark eingeschränkt. Insbesondere China, der bis dato größte Abnehmer deutschen Schweinefleisches, verhängte strenge Lieferstopps. Die Aus-

fuhren ins Land der Mitte reduzierten sich als Folge dieser Restriktionen um 96,7 %. Entsprechend waren die Auswirkungen auf die Gesamtexporte deutlich spürbar.

Demgegenüber konnten die innereuropäischen Ausfuhren erheblich ausgebaut werden. So haben die Hauptschweinefleischempfänger Italien, die Niederlande sowie Polen ihre Abnahmemengen jeweils deutlich erhöht. Eine entsprechende Steigerung war möglich, da deutsches Schweinefleisch im europäischen Vergleich kostengünstig angeboten wird.

Fleischnachfrage privater Haushalte sinkt wieder

(AMI) – Im Zeitraum von Januar bis August 2021 ist die Nachfrage privater Haushalte nach Fleisch, Wurst und Geflügel gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,1 % gesunken. Am deutlichsten fällt der Nachfragerückgang bei Rind/Schwein gemischt, Wurst sowie Schweinefleisch aus. Bei allen drei Produktgruppen wurden im genannten Zeitraum über 3 % weniger Waren nachgefragt. Einzig bei Rindfleisch hat sich die Einkaufsmenge gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,4 % erhöht.

Der deutliche Rückgang der Gesamtnachfrage ist auf die Pandemieentwicklung des vergangenen Jahres zurückzuführen. Mit dem Corona-Ausbruch sowie der damit einhergehenden Lockdown-Situation hat sich die private Nachfrage nach Fleisch und Fleischwaren aus dem Lebensmitteleinzelhandel schlagartig erhöht. Durch die Schließungen der Gastronomie haben sich viele Verbraucher neu orientiert und ihre Mahlzeiten wieder vermehrt selbst zubereitet. Da insbesondere Fleisch im gastronomischen Bereich ein gefragtes Produkt ist, landete dieses als Ausgleich zum Restaurantbesuch vermehrt in der heimischen Pfanne. Dieser starke Nachfrageboom hat sich jedoch inzwischen etwas beruhigt, entsprechend haben sich auch die eingekauften Mengen gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit 2,1 % wieder deutlich reduziert. Bei den Einkaufspreisen hingegen hat diese Abwärtsentwicklung bislang noch nicht eingesetzt. So haben sich die Preise für Fleisch, Wurst und Geflügel gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,6 % erhöht.